

Kleine Chronologie

1933 - Machtübertragung und unmittelbare Herrschaftssicherung der Naziregierung

30. Januar 1933: Machtübertragung

Reichspräsident Hindenburg ernennt auf Betreiben der deutschen Großindustriellen und der Reichswehr Hitler zum Reichskanzler.

Die Arbeiterparteien und Gewerkschaften können sich nicht zu gemeinsamen Gegenmaßnahmen entschließen. Nur die KPD ruft zum Generalstreik auf. Nur in Mössingen (bei Tübingen) kommt es zum Streik, der aber niedergeschlagen werden kann.

27./28. Februar: Reichstagsbrand

In der Nacht brennt der Reichstag. (Wie sich später herausstellt haben die Nazis ihn selbst in Brand gesteckt.) Der Brand dient zum Vorwand für die Verhaftung von 10.000 Kommunisten, Sozialdemokraten und anderer Aktivisten der Arbeiterbewegung. Die gesamte kommunistische und ein Teil der sozialdemokratischen Presse wird verboten. Mit der Verordnung des Reichspräsidenten "zum Schutz von Volk und Staat" am 28. 2. werden wesentliche Verfassungsrechte aufgehoben und die Todesstrafe für regimekritische Tätigkeit angedroht.

März/April 1933: Die ersten "Konzentrationslager", darunter auch das KZ Heuberg, werden für politische Häftlinge eingerichtet.

In der Nacht vom 10. auf den 11. März 1933 gibt es in Württemberg die erste landesweite Verhaftungswelle. Allein in dieser Nacht wurden 500 Angehörige der KPD, davon 200 aus dem Raum Stuttgart abgeholt und in die örtlichen Gefängnisse eingeliefert. Weitere Verhaftungswellen folgten. Einem "Geheimen Lagebericht der Württembergischen Politischen Polizei" vom Juli 1933 ist zu entnehmen, daß in den Tagen vom 10. bis 15.3. in Württemberg etwa 1700 kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre in "Schutzhaft" genommen wurden. (Nebenbei: Möglich wurden diese schnellen Massenverhaftungen dadurch, daß bereits unter der Bolz-Regierung Namenslisten potentieller Staatsfeinde, fein-säuberlich nach Oberämtern geordnet, erstellt worden waren.)

23. März: Ermächtigungsgesetz

Der Reichstag überträgt die Gesetzgebung mit Zustimmung aller bürgerlichen Parteien an die Nazi-Regierung. Nur die SPD stimmt dagegen. Die Mandate der KPD wurden bereits am 9. März von der Regierung annulliert.

1. April: Erster Juden-Boycott

Die NSDAP organisiert als Reaktion auf weltweite Proteste gegen antisemitische Übergriffe reichsweit Boykott und Überfälle auf jüdische Geschäfte als "Warnung für das Weltjudentum".

7. April: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

"Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden ..." "Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen."

2. Mai: Zerschlagung der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftshäuser werden besetzt, das Vermögen beschlagnahmt, Funktionäre verhaftet. Die meisten Gewerkschaften versuchten zuvor sich mit dem Regime zu arrangieren, um das Überleben der eigenen Organisation zu sichern. Das war ein schwerer Fehler, den unzählige GewerkschafterInnen mit den Leben bezahlten.

10. Mai: Bücherverbrennung

In Berlin und vielen Universitätsstädten werden öffentlich die Bücher politisch unliebsamer Autoren verbrannt

22. Juni: Verbot der SPD

Verhaftungswelle an SPD Funktionären, am 7. Juli werden alle SPD Mandate annulliert.